NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach am 28.10.2010 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Rates waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Rat ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Bürgermeister Frank Helmenstein

Stimmberechtigte Mitglieder

- 1. stellv. Bürgermeister Jürgen Fritz Marquardt
- 2. stellv. Bürgermeister Thorsten Konzelmann

Stadtverordnete Helga Auerswald

Stadtverordneter Rolf-Helmut Becker

Stadtverordnete Gabi Behrendt

Stadtverordneter Tim Bubenzer

Stadtverordnete Marita Cordes

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

Stadtverordnete Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Stadtverordneter Thomas Geilhaupt

Stadtverordneter Konrad Gerards

Stadtverordneter Rüdiger Goldmann

Stadtverordneter Andreas Guist

Stadtverordneter J. Werner Hannemann

Stadtverordneter Hans-Egon Häring

Stadtverordneter Klaus Heinen

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Dirk Johanns

Stadtverordnete Ilona Köhler

Stadtverordneter Volker Kranenberg

Stadtverordneter Dipl.-Kfm. Reinhard

Kretschmann

Stadtverordneter Klaus Leesch

Stadtverordneter Jakob Löwen

Stadtverordneter Manfred Meier

Stadtverordnete Andrea Molitor

Stadtverordneter Karl-Heinz Richter

Stadtverordnete Gabriele Müller

anwesend ab TOP 4

Stadtverordneter Horst Naumann

Stadtverordneter Bajrus Saliu

Stadtverordneter Uwe Schieder

Stadtverordneter Helmut Schillingmann

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwek

Stadtverordneter Hans-Friedrich Schmalenbach

Stadtverordneter Christoph Schmitz

Stadtverordneter Walter Schneider

Stadtverordneter Torsten Stommel

Stadtverordneter Rainer Sülzer

Stadtverordnete Ursula Thielen

Stadtverordneter Dr. Ulrich von Trotha

Stadtverordneter Joachim Tump

Stadtverordnete Irmgard Voß-Canisius

Stadtverordnete Elke Wilke

Stadtverordneter F. Lothar Winkelhoch

Verwaltung

Bürgermeister Frank Helmenstein

Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Klaus Blau

Techn. Beigeordneter Dipl.-Ing. Ulrich Stücker

Beigeordneter Peter Thome

StVwD. Ulrich Reichelt-Münster

StOAR. Frank Hüttebreucker

StAR. Georg Hermes

StVwR. Bernhard Starke

StA. Jörg Robach

StI. Sarah Schmidt

Die Niederschrift führt: Schriftführerin Sarah Schmidt

Sitzungsbeginn: 18:02 Uhr

Sitzungsunterbrechung: 19:39 Uhr bis 19:48 Uhr

Sitzungsende: 21:53 Uhr

Tagesordnung:

Die Behandlung des TOP 22 erfolgt im Anschluss an TOP 19 im öffentlichen Teil als TOP 20. Die ursprüngliche Nummerierung der Tagesordnungspunkte 20 und 21 erhöht sich jeweils um 1.

Öffentlicher Teil:

- **TOP 1** Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 1158/2010

 Maßnahmen der Schulentwickung im Bereich der Grundschulen
- TOP 3 1155/2010 Maßnahmen der Schulentwicklung im Bereich der weiterführenden Schulen
- TOP 4 1151/2010

 Verabschiedung des Leiters der Freiwilligen Feuerwehr Herrn Friedhelm
 Köster sowie Bestellung von Herrn Detlef Hayer zum Leiter der Freiwilligen
 Feuerwehr und Bestellung von Herrn Thomas Wurm zum stellvertretenden
 Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Gummersbach
- TOP 5 1153/2010
 Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes für das Jahr 2011 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2014
- **TOP 6** Anträge
- TOP 6.1 1056/2010 Keine weiteren Sitzungen an Sitzungstagen des Rates der Stadt
- TOP 7 1137/2010
 Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk I (Bereich Innenstadt Gummersbach)
- TOP 8 1131/2010 Erlass einer I. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Gummersbach für das Haushaltsjahr 2010
- TOP 9 1111/2010
 I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Gummersbach (Vergnügungssteuersatzung) vom 02.07.2009
- TOP 10 1112/2010
 I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Hundesteuer in der Stadt Gummersbach (Hundesteuersatzung) vom 03.11.1997
- TOP 11 1130/2010

 Aufnahme von Liquiditätskrediten
 hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
- TOP 12 1077/2010

 Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel zur Verlustabdeckung der Stadtwerke 2009, Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

TOP 13 1051/2010

4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (Gummersbach – Reininghauser Straße)

TOP 14 1054/2010

Teilaufhebung des Bebauungsplanes 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" (Gummersbach – Hexenbusch)
Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss

TOP 15 1055/2010

Bebauungsplan Nr. 253 "Gummersbach – Grotenbachstraße" und Aufhebung des Bebauungsplanes 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 253 "Gummersbach – Grotenbachstraße"

Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss

TOP 16 810/2009

Bebauungsplan Nr. 250 "Niederseßmar-Sonnenstraße" Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

TOP 17 1087.1/2010

Maßnahmen Konjunktur II-Programm: Veränderungen im Bereich Bildungsinfrastruktur

TOP 18 1038/2010

Vorabausschüttung des Abwasserwerkes an die Stadt Gummersbach

TOP 19 1090/2010

Bestellung von zwei Stellvertreter für den Aufsichtsrat der "Arena Gummersbach GmbH & Co KG

TOP 20 1071/2010

Behandlung der Vorauszahlung für den Verlustausgleich Bäder und Parken aus 2006

TOP 21 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

TOP 22 1160/2010

Maßnahmen Konjunkturpaket II-Programm: Vergaben im Bereich allg. Infrastruktur

TOP 23 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 2 1158/2010

Maßnahmen der Schulentwickung im Bereich der Grundschulen

BM. Frank Helmenstein dankt nach den anfänglichen kommunikativen Defiziten im Vorfeld den Anwesenden für die zahlreichen konstruktiven Gespräche in guter Athmosphäre. Der weitere Prozess solle durch die Moderation von Rat und Verwaltung unterstützt werden. Schließlich sei es das gemeinsame Ziel allen Schülern einen optimalen Abschluss zu ermöglichen.

Beig. Thome weist darauf hin, dass gemäß § 2 SchulG NRW alle Grundschulen ihre Schülerinnen und Schüler im Sinne christlicher Werte erziehen. Er weist darauf hin, dass die derzeitige 4-Zügigkeit der Grundschulen Dieringhausen mit jeweils unter 20 Schülern je Klasse auf Kosten der übrigen Grundschulen gehe. Nur mit einer Anpassung der Lehrer-Schüler-Relation könne der Bestand aller Grundschulen sinnvoll gesichert werden.

Auch Stv. Bubenzer sieht die Vorteile der zur Zeit kleinen Klassen. Im Sinne einer dauerhaften Sicherung begrüßt er jedoch für die CDU-Fraktion die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen.

Die schwerwiegenden gesellschaftlichen Veränderungen und die damit verbundene Notwendigkeit zu tiefgreifenden Veränderungen in der Schullandschaft hebt auch stv. BM. Konzelmann hervor. Die vorgeschlagene Lösung hält er für am besten in die Zukunft weisend und erwartet eine langfristige und sinnvolle Sicherung des Schulstandortes Dieringhausen. Er hätte begrüßt, auch schon über die Einführung von Grundschulbezirken sprechen zu können, leider ist aber der Gesetzgeber noch nicht so weit.

Auch Stv. Hannemann würde kleine Klassen an allen Schulen begrüßen, geht jedoch auf Grund seiner beruflichen Erfahrung nicht von einer Realisierung aus. Mit dem vorgeschlagenen Beschluss sei der Standort am besten zu sichern, weswegen die FDP-Fraktion ihn unterstützen werde.

Stv. Gerards erklärt für Fraktion Die Grünen die Ablehnung der mit dem Beschluss verbundenen größeren Klassen. Die Situation verschärfe sich zudem durch vorgezogene Einschulungen und die Integration von Schülern mit besonderem Förderbedarf in reguläre Schulklassen.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt gemäß § 82 Abs. 3 SchulG NRW die Errichtung eines Grundschulverbundes mit dem zweizügigen Hauptstandort Gemeinschaftsgrundschule Dieringhausen sowie die Bildung eines einzügigen konfessionsgebundenen Teilstandortes Katholische Grundschule Dieringhausen am Standort "Zum Schulzentrum 14, 51645 Gummersbach" bei gleichzeitiger Auflösung der Katholischen Grundschule Dieringhausen zum 01.08.2011.

Auszug: 11

TOP 3 1155/2010

Maßnahmen der Schulentwicklung im Bereich der weiterführenden Schulen

Beig. Thome erläutert die Vorlage. Durch eine auch von der Gesamtschule befürwortete Reduzierung der Zügigkeit, sei dort eine Qualitätsverbesserung zu erwarten. Die dadurch frei werdende Schülerzahl könnte sowohl den Gymnasien als auch dem durch den Beschluss angestrebten Verbund von Hauptschule Strombach und Realschule Steinberg zu Gute kommen. Beide Schulen seien ohne ein Gegensteuern stark in ihrer Existenz gefährdet. Der vorliegende Beschluss sichere daher beide Schulformen sowie zumindest den Standort Steinberg.

Einige Eckdaten des umfangreichen Schulentwicklungsplanes erläutert FBL Hüttebreucker anhand von Rechenbeispielen. Ein wesentlicher Faktor bei der Prognose sei der Wechsel von verbindlichen Empfehlungen durch die Grundschulen hin zu einer freien Wahl der weiterführenden Schule durch die Eltern. FBL Hüttebreucker verdeutlicht anhand der prognostizierten Werte, dass ohne regulierendes Eingreifen ein großes Verteilungsproblem innerhalb der bestehenden Schullandschaft die Folge wäre, welches auf längere Sicht zu existenziellen Problemen für mehrere Schulen führen würde.

Die Kritik an der Wahl der Realschule Steinberg für den Zusammenschluss mit der Hauptschule entkräftet Beig. Thome. So sei laut dem Regierungsprädidenten für den Fortbestand der an der Realschule Hepel geführten Sportklasse die Dreizügigkeit weiterhin erforderlich.

Das Erfordernis von 84 Anmeldungen für die Verbundschule greife in diesem Fall nicht, da es sich anstelle einer Neugründung um eine Fortführung handele. Um unter diesen Umständen die Genehmigung der Bezirksregierung zu erhalten, seien lediglich 72 Anmeldungen erforderlich, welche sich in 18 Hauptschüler und 54 Realschüler aufspalten sollten.

Natürlich seien derartige Beschlüsse stets mit einem Risiko behaftet, da sie auf Prognosen basieren, doch ohne eine Umstrukturierung laufe man Gefahr sowohl die Hauptschule als auch die Realschule Steinberg zu verlieren.

Stv. Bubenzer unterstreicht die Bedeutung der Hauptschule für die bisher vielfältige Schullandschaft. Um den Verlust dieser pädagogischen Qualität zu verhindern und den Bestand der verschiedenen Schulen zu sichern, sei eine sachliche zielführende Diskussion unabdingbar. Er spricht sich aufgrund der bereits genannten Aspekte sowie der höheren Akzeptanz ebenfalls für den Standort Steinberg aus. Es handele sich bei der Umstrukturierung um einen komplexen Prozess, welcher durch die Stadtverwaltung begleitet werden solle um die bestehende Vielfalt zu erhalten und optimale Bildungschancen zu ermöglichen.

Auf die Problematik von fehlenden klaren gesetzlichen Vorgaben für die Errichtung einer Verbundschule weist stv. BM. Konzelmann hin. Zudem sei die Einzügigkeit der Hauptschule Strombach vom Gesetzgeber nicht akzeptiert, dennoch würde sie auch bei dem Zusammenschluss mit der Realschule fortgeführt und widerspräche somit dem pädagogischen Ansatz.

Für die Einrichtung der Verbundschule spricht aus Sicht des stv. BM. Konzelmann jedoch zum Einen der Wunsch des Schulleiters und der Schulkonferenz der Gesamtschule nach Verringerung der Züge um eine Leistungsheterogenität zu gewährleisten. Zum Anderen eröffne die Zusicherung der Bezirksregierung, die Genehmigung bereits bei 72 anstatt der bisher vermuteten 84 Schüler zu erteilen, zusätzlichen Handlungsspielraum. In jedem Fall stelle der zu fassende Beschluss lediglich den ersten von mehreren erforderlichen Schritten dar. Um den Erfordernissen zu begegnen und neue Chancen zu ergreifen sei nun ein Umdenken gefragt.

Stv. BM. Konzelmann weist abschließend den öffentlichen Vorwurf von sich, nach welchem er den in dieser Thematik zuständigen Schul- und Sportausschuss missachtet habe. Er habe sich in Gesprächen mit Pressevertretern auf eine öffentliche Vorlage bezogen und aus den

Informationen der Verwaltung lediglich eine logische Schlussfolgerung gezogen. Die von Stv. Bubenzer in einem Leserbrief gemachten Vorwürfe seien daher eine Unverschämtheit, die das Klima in den Gremien der Stadt nachhaltig zu stören drohe.

Für den Erhalt der Hauptschule mittels eines Verbundes spricht sich auch Stv. Hannemann aus. Zwar stelle der Schulentwicklungsplan nur eine Prognose dar, doch verdeutliche er, dass ohne einen regulierenden Eingriff zwei Schulen das Aus drohe. Die Entscheidung sei durch die fehlenden gesetzlichen Vorgaben erschwert, der Handlungszwang sowie die bereits von Stv. Bubenzer und stv. BM. Konzelmann genannten Fakten sprächen jedoch für die Verbundschule.

Stv. Gerards stellt die Aussagekraft der Daten des Schulentwicklungsplanes in Frage und moniert, dass bislang noch nicht genügend über dieses sensible Thema diskutiert worden sei. Bei einem Blick auf die Finanzlage der Stadt seien die Investitionen, welche mit dem Zusammenschluss der Schulen einhergingen, mit einem zu großen Risiko behaftet. Im Allgemeinen seien Hauptschulen nicht existenzfähig, so dass mit diesem Beschluss keine Bestände gesichert, sondern lediglich neue Hüllen gegeben würden.

Da weiterhin erheblicher Diskussionsbedarf bestehe, beantragt Stv. Gerards den TOP 3 im Anschluss an die Aussprache von der Tagesordnung abzusetzen.

Ein Handlungserfordernis aufgrund der rückgängigen Schülerzahlen sieht auch Stv. Heinen. Die vorgelegten Zahlen seien schlüssig und nunmehr weitgehende Entscheidungen zu treffen, um mittelfristig die Vielfalt im Bildungsangebot zu sichern. Um zu verhindern, dass das bisherige Gleichgewicht verloren gehe, sei der Zusammenschluss der Realschule Steinberg und der Hauptschule Strombach die pragmatischste Lösung.

Der Antrag des Stv. Gerards auf Absetzung des TOP 3 wird mehrheitlich abgelehnt.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die Reduzierung der Gesamtschule Gummersbach-Derschlag um einen Zug auf dann fünf Züge zum Schuljahr 2011/2012.

Darüber hinaus wird die Verwaltung zur weiteren Vorbereitung eines schulorganisatorischen Zusammenschlusses (Verbundschule) der zweizügigen Realschule Gummersbach-Steinberg mit der einzügigen Hauptschule Gummersbach-Strombach gemäß § 83 SchulG NRW ab dem Schuljahr 2012/2013 auf dem Steinberg beauftragt.

Auszug: 11

TOP 4 1151/2010

Verabschiedung des Leiters der Freiwilligen Feuerwehr Herrn Friedhelm Köster sowie Bestellung von Herrn Detlef Hayer zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr und Bestellung von Herrn Thomas Wurm zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr Gummersbach

BM. Frank Helmenstein verabschiedet Herrn Köster und führt die Herren Hayer und Wurm in ihre neuen Ämter ein.

TOP 5

1153/2010

Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes für das Jahr 2011 einschließlich der Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2014

BM. Helmenstein stellt den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2011 im Überblick vor. Der Entwurf mit den vorgeschriebenen Anlagen wurde allen Ratsmitgliedern ausgehändigt. Eine

Ausfertigung der Erläuterungen ist der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Auszug: 4

TOP 6 Anträge

TOP 6.1 1056/2010

Keine weiteren Sitzungen an Sitzungstagen des Rates der Stadt

Die Anwesenden begrüßen die Intention des Antrages, dessen Formulierung jedoch als zu strikt und weitgehend angesehen wird. Im gemeinsamen Einvernehmen wird der Beschlussvorschlag angepasst.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Die Verwaltung soll auf das Vorschalten von Ausschusssitzungen vor Ratssitzungen grundsätzlich verzichten.

Auszug: 1.5, 2, 4, 5, 7, 9, 10, 12

TOP 7

1137/2010

Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk I (Bereich Innenstadt Gummersbach)

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Jürgen Gogos zum stellvertretenden Schiedsmann für den Schiedsamtsbezirk I (Bereich Innenstadt Gummersbach) zu wählen.

Auszug: 1.3

TOP 8 1131/2010

Erlass einer I. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung der Stadt Gummersbach für das Haushaltsjahr 2010

Stv. Gerards bemerkt, dass bereits im März der Kassenkreditrahmen überschritten worden sei und der Beschluss zur Erhöhung erst zum jetzigen Zeitpunkt stattfinde. Er bittet die Verwaltung in Zukunft früher entsprechende Schritte zu veranlassen. Beig. Dr. Blau berichtet, dass für die Zukunft bereits Maßnahmen ergriffen wurden, um eine Wiederholung dieses Szenarios zu verhindern.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die I. Nachtragshaushaltssatzung zur Haushaltssatzung 2010 im Wortlaut der der Originalniederschrift beigefügten Anlage 2.

Auszug: 4

TOP 9

1111/2010

I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Gummersbach (Vergnügungssteuersatzung) vom 02.07.2009

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt den der Originalniederschrift als Anlage 3 beigefügten I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Gummersbach (Vergnügungssteuersatzung) vom 02.07.2009.

Auszug: 4

TOP 10 1112/2010

I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Hundesteuer in der Stadt Gummersbach (Hundesteuersatzung) vom 03.11.1997

Auf Nachfrage von Stv. Heinen bestätigt Beig. Dr. Blau, dass die Verwaltung bislang von Kontrollen der Hundebesitzer absehe. Die Hinweise auf die Pflichten nach der Hundesteuersatzung würden demnach zur Zeit als ausreichend erachtet, wobei zukünftige Entwicklungen im Auge behalten werden sollten.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt den der Originalniederschrift als Anlage 4 beigefügten I. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Hundesteuer in der Stadt Gummersbach (Hundesteuersatzung) vom 03.11.1997.

Auszug: 4

TOP 11 1130/2010

Aufnahme von Liquiditätskrediten

hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach genehmigt folgende

"Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt, den § 5 der Haushaltssatzung für das Jahr 2010 wie folgt neu zufassen:

"Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 40.000.000 EUR um 20.000.000 EUR erhöht und damit auf 60.000.000 EUR festgesetzt."

Gummersbach, den 03. September 2010

gez. Frank Helmenstein Bürgermeister gez. Häring Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses"

Auszug: 4

TOP 12 1077/2010

Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel zur Verlustabdeckung der Stadtwerke 2009, Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach genehmigt folgende

"Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW

Zur Leistung der Verlustabdeckungen für die Bereiche "Bäder" und "Parken" für das Jahr 2009 an die Stadtwerke wird der Bereitstellung folgender überplanmäßiger Haushaltsmittel zugestimmt:

1.002.385,71 € 1.08.01.03 "Bäder" 54.308,41 € 1.12.03.01 "Parken"

Gummersbach, den 24. August 2010

gez. Dr. Blau 1. Beigeordneter gez. Häring Stadtverordneter"

Auszug: 4 / 12

TOP 13 1051/2010

4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (Gummersbach – Reininghauser Straße)

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt beschließt:

Der Flächennutzungsplan der Stadt wird gem. § 13a (2) BauGB berichtigt (4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes (Gummersbach – Reininghauser Straße).

Auszug: 9

TOP 14 1054/2010

Teilaufhebung des Bebauungsplanes 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" (Gummersbach – Hexenbusch)

Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt beschließt:

- 1. Der Rat der Stadt beschließt das in der Anlage 1b der der Originalniederschrift als Anlage 5 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung über die vorgebrachten Stellungnahmen.
- 2. Die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" (Gummersbach Hexenbusch), bestehend aus einer Planzeichnung, wird gemäß § 2 (1) i.V.m. § 10 BauGB und § 7 GO NW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 28.10.2010 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 15 1055/2010

Bebauungsplan Nr. 253 "Gummersbach - Grotenbachstraße" und Aufhebung des

Bebauungsplanes 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 253 "Gummersbach – Grotenbachstraße" Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt beschließt:

- 1. Der Rat der Stadt beschließt das in den Anlagen 1b, 2b und 3a der der Originalniederschrift als Anlage 6 beigefügten Verwaltungsvorlagen dargestellte Ergebnis der Prüfung über die vorgebrachten Stellungnahmen.
- 2. Der Bebauungsplan Nr. 253 "Gummersbach Grotenbachstraße" und die Aufhebung des Bebauungsplanes 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 253 "Gummersbach Grotenbachstraße", bestehend aus einer Planzeichnung, werden gemäß § 2(1) i.V.m. § 10 BauGB und § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 28.10.2010 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 16 810/2009

Bebauungsplan Nr. 250 "Niederseßmar-Sonnenstraße" Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen gefasst.

Der Rat der Stadt beschließt:

- 1. Der Rat der Stadt beschließt das in den Anlagen 1a und 2a der der Originalniederschrift als Anlage 7 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung über die vorgebrachten Stellungnahmen
- 2. Der Bebauungsplan Nr. 250 " Niederseßmar-Sonnenstraße", bestehend aus einer Planzeichnung mit Textteil, wird gemäß § 2 (1) i.V.m. § 10 und § 13a BauGB und § 7 GO NW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 28.10.2010 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 17 1087.1/2010

Maßnahmen Konjunktur II-Programm: Veränderungen im Bereich Bildungsinfrastruktur

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die in der der Originalniederschrift als Anlage 8 beigefügten Vorlage unter Punkt 6 aufgeführten neuen Einzelzuschussbeträge aus dem Konjuktur II – Programm zur Durchführung der städtischen Baumaßnahmen im Bereich der Bildungsinfrastrktur

Auszug: 4 / 6 / 7 / 11

TOP 18 1038/2010

Vorabausschüttung des Abwasserwerkes an die Stadt Gummersbach

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen gefasst.

Der Rat beschließt, dass vor Ablauf des Wirtschaftsjahres 2010 die Eigenkapitalverzinsung in Höhe von EURO 1.944.335 an den Haushalt der Stadt abgeführt wird.

Auszug: 4 / 12

TOP 19 1090/2010

Bestellung von zwei Stellvertreter für den Aufsichtsrat der "Arena Gummersbach GmbH & Co KG

Stv. Goldmann wirkt zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mit und begibt sich in den Zuhörerbereich.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen gefasst.

Der Rat beschließt, Herrn Beigeordneten Ulrich Stücker und Herrn Stadtverordneten Rüdiger Goldmann, als Stellvertreter in den Aufsichtsrat der Arena Gummersbach GmbH & Co KG zu entsenden

Auszug: 4 / 2.1

TOP 20 1071/2010

Behandlung der Vorauszahlung für den Verlustausgleich Bäder und Parken aus 2006

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen gefasst.

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Vorauszahlung in Höhe von EURO 96.498,58 des Verlustausgleiches Bäder und Parken für das Geschäftsjahr 2006 wurde mit dem Gesamtverlust Bäder und Parken 2006 verrechnet und verbleibt somit bei den Stadtwerken.

Auszug: 4 / 12

TOP 21 Mitteilungen

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Auszug:

Nicht öffentlicher Teil:

TOP 22 1160/2010

Maßnahmen Konjunkturpaket II-Programm: Vergaben im Bereich allg. Infrastruktur

Auszug: 1.1 / 11

TOP 23 Mitteilungen

Frank Helmenstein Bürgermeister Sarah Schmidt Schriftführerin